Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 216 — Nummer 381/382

Bezugspreis: 1/4-monatlich Mark 850 000.—. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Briefträger entgegen. — — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. — —

Halle-Saale

Freitag, 17. August 1923

Anzeigenpreis: Die 6gespalt. 34 mm breite mm-Grundzeile 1,— M Grundpreis mal Buchdruckerschiff-Index (z. Zt. 82000). Kleine u. Familienanzeigen 50 Pfg. Stellengesuche 25 Pfg. Die 3gespaltene 90 mm breite mm-Reklamezeile 6,— M Grundpreis. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 u. 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6209. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Reparationsfrage wieder in Fluß

Neue englische Reparationspläne

London, 16. August.

Der Londoner Berichterstatter des WTB. erfährt, daß in englischen politischen Kreisen augenblicklich größerer Optimismus bezüglich einer Vereinbarung der Alliierten in der Reparationsfrage herrscht, als noch vor kurzem. Es wird erwartet, daß Poincaré die englische Note Punkt für Punkt in höflichem Tone beantworten werde. Die Tatsache, daß unterrichtete Pariser Organe die Frage einer Sachverständigenberatung, sowie den im Bonar Lawschen Plan enthaltenen Vorschlag von 50 Milliarden Goldmark als Leistungsfähigkeit Deutschlands erwähnen, läßt nach englischer Ansicht darauf schließen, daß in gewissen französischen Kreisen der englische Vorschlag größere Beachtung finde, als bisher angenommen werden können, und daß er daher als Verhandlungsgrundlage angesehen werde.

Eine Sachverständigenberatung zur Festsetzung der deutschen Leistungsfähigkeit werde nach englischer Auffassung aus diesem Grunde heraus sehr bald zustandekommen, dürfte jedoch außer den alliierten Mitgliedern wohl nur einen amerikanischen Teilnehmer, aber keine neutralen Vertreter umfassen, da sich Frankreich der Teilnahme neutraler Vertreter wahrscheinlich widersetzen und England in diesem Falle nicht beitreten würde.

Es werde von englischer Seite hervorgehoben, daß, falls die Sachverständigenkommission die deutsche Zahlungsfähigkeit auf 50 Milliarden Goldmark festsetzt, der Anteil Großbritanniens nach dem Spa-Prozentsatz 11 Milliarden betragen würde. Da die Forderung Englands zur Tilgung seiner Schuld an die Vereinigten Staaten jedoch 14,2 Milliarden Goldmark beträgt, so würde nur eine Forderung von 3,2 Milliarden an die Kontinentalschuldnerstaaten übrig bleiben. Von englischer Seite wird jedoch betont, daß die englische Gegenforderung bestehen bleibt bis zu dem Augenblick, wo Deutschland „mit dem freien Ruhrgebiet" in der Lage ist, mit der Festsetzung der von dem Sachverständigenausschuß festgesetzten Reparationen zu beginnen.

Was die von den Alliierten geforderte Kontrolle der deutschen Reparationszahlungen betrifft, so wird nach englischer Ansicht nicht für unmöglich gehalten, daß zu diesem Zweck eine Kommission, vielleicht finanziellen Charakters, im Ruhrgebiet belassen wird. Angesichts der Möglichkeit, auf der Grundlage einer solchen Sachverständigenkonferenz zu einer alliierten Vereinbarung über die deutschen Reparationen zu gelangen, scheint, wie von englischer Seite bemerkt wird, die Frage der schiedsgerichtlichen Entscheidung über die Legalität des französisch-belgischen Ruhrunternehmens in den Hintergrund gerückt zu sein. Englische Kreise zur Herbeiführung eines Urteilsspruches in dieser jetzt als weniger wichtig bezeichneten Frage sind aber nach englischer Ansicht sehr unwahrscheinlich.

Ein französischer Versuchsballon

Paris, 16. August.

Französischen Journalisten wurde gestern abend an maßgebender französischer Stelle erklärt, daß die Regierungserklärung Stresemanns Gedankengänge enthalte, die für die weitere Entwicklung nicht ungünstig seien.

Der „Gaulois" schreibt heute: „Es scheint uns, daß man allgemein über die Bedeutung der französischen Erklärungen enttäuscht hat, wonach die Ruhr erst geräumt werden soll, wenn Deutschland die Reparationen voll bezahlt haben werde." Das bedeute nicht, daß Frankreich nicht eine andere Garantie an Stelle der Ruhr annehmen werde, unter der Bedingung, daß sie gleichwertige Sicherheiten bieten würde. „Frankreich hat die Ruhr besetzt, weil diese am nächsten gelegen ist, und weil sie für Frankreich das einzige greifbare Pfand darstellt, das es beschlagnahmen konnte. Poincaré hat aber wiederholt erklärt, daß die Besetzung nicht als politisches Pfand betrachtet werden könnte. Wenn die Alliierten und Neutralen der Ansicht seien, daß die Räumung der Ruhr für ihre wirtschaftlichen Interessen unvorteilhaft ist, so sollte es darum nicht unmöglich sein, Frankreich, auf das deutsche Nationalvermögen gestützt, Zahlungsgarantien zu geben, wodurch die französischen Guthaben bei Deutschland so gesichert würden, daß Frankreich diese Garantien annehmen könnte."

Das „Oeuvre" schreibt, nach gewissen Informationen sei die französische Regierung bereit, die Ruhrindustrie zurückzugeben, wenn eine allgemeine Regelung zustandegekommen sein werde und wenn irgend eine alliierte Macht Frankreich sein Guthaben bei Deutschland garantieren könnte. Wenn man in Frankreich wirklich an eine Formel dieser Art denke, so bestände Interesse dafür, sie so schnell und so deutlich wie möglich zu prüfen.

Abwartende Haltung Amerikas

Fortsetzung der Politik Hardings.

London, 16. August.

Reuter meldet aus Washington: Hohe Persönlichkeiten drücken ihre Ueberraschung über die Meldungen aus London aus, die besagten, daß im Auslande der Eindruck vorherrsche, daß der amerikanischen Haltung bezüglich der Reparationen sei eine Aenderung eingetreten. Es werde darauf hingewiesen, daß die Erklärung, die vor einigen Tagen seitens des Präsidenten Coolidge abgegeben wurde, die Politik des Präsidenten Harding vollkommen bekräftige. Die in London anscheinend bestehende Absicht, daß eine vollkommene Aenderung in der Haltung der Washingtoner Regierung eingetreten sei, sei allzu optimistisch. Seitens des Präsidenten Coolidge wurde nichts gesagt, was im geringsten ein Abgehen von der Erklärung des Staatssekretärs Hughes im letzten Dezember andeute. Der amerikanische Standpunkt werde nicht bestimmt, bevor die Pläne im Ausland gereift seien.

Getrennte Antworten an England

Paris, 16. August.

Nach dem „Petit Parisien" werden die französische und die belgische Regierung auf die letzte englische Note antworten. Die französische Note werde sich nur mit dem Teil der englischen Note befassen, der Frankreich betreffe. Vor Absendung der Note werde kein Meinungsaustausch zwischen Paris und Brüssel stattfinden; es werde jedoch die französische Note vor ihrer Absendung nach London dem belgischen Kabinett zur Kenntnis gebracht werden und auch die belgische Note werde wahrscheinlich vorher Poincaré unterbreitet werden.

Duisburger Chronik

Erleichterungen. — Neue Kontribution.

Duisburg, 16. August.

Der Stadtverwaltung ist eine Verordnung der Besetzungsbehörde vom 14. August zugegangen, nach der der Fußgängerverkehr sowohl bei Tag wie bei Nacht im Gebiete der Stadt Duisburg wieder gestattet ist. Cafés, Theater und öffentliche Lokale sind berechtigt, bis 9 Uhr abends geöffnet zu halten. Ausgenommen sind Wirtschaften und Restaurants, die wegen Uebertretung der Sanktionsverordnung geschlossen worden sind. Sie bleiben auf weitere 30 Tage geschlossen. Die Straßenbahn kann im ganzen Bezirk des Brückenkopfes wieder verkehren, jedoch im Süden nicht über die Eisenbahnstrecke Hochfelde—Speldorf—Mülheim, im Osten nicht über Raffelsberg hinaus. Der Verkehr mit Lastautos für alle durch Verordnungen genehmigten Transporte ist wieder gestattet. Die Verordnung ist gestern mittag 12 Uhr in Kraft getreten.

Duisburg, 16. August.

Wegen des Explosionsunglücks in einem Eisenbahnzuge auf der Hochfelder Brücke am 30. Juli ist der Stadt Duisburg durch eine Verfügung des Generalkommandos der Besatzung vom 10. August eine Kontribution von 8 Milliarden Mark auferlegt worden.

Die Betriebsräte aufgelöst

Berlin, 17. August.

Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der Innenminister auf Grund des Republikschutzgesetzes den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte zu Berlin nebst seinen Unterausschüssen, also auch den 15er-Ausschuß der Betriebsräte von Groß-Berlin aufgelöst und verboten. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß der Reichsausschuß bestimmenden Einfluß auf die Bildung und Betätigung der verbotenen proletarischen Hundertschaften ausübe.

Unentwegte Streiker

Braunschweig, 16. August.

Vormittags versammelte sich die ganze Arbeiterschaft Braunschweigs auf dem Schloßplatz zu einer Kundgebung zwecks Durchsetzung ihrer Forderungen, die dem Ministerium vorgelegt werden sollen und auf Zurückziehung des Hilfspolizeidienstes vom Lande sowie Einsetzung von Kontrollausschüssen zur Erfassung der Lebensmittel auf dem Lande hinausläuft. Ueber die Forderungen wird im Ministerium gegenwärtig noch verhandelt. Bei dem nach der Versammlung veranstalteten Umzuge durch die Stadt haben sich Zwischenfälle nicht ereignet. Gegen Abend sollte noch eine Versammlung stattfinden, in der nochmals über die Frage des Generalstreiks entschieden werden sollte.

Wiederaufnahme der Arbeit im Hamburger Hafen

Hamburg, 16. August.

In einer Versammlung der Vertrauensleute der Hafenarbeiter wurde gestern abend mit geringer Mehrheit der Wiederaufnahme der Arbeit zugestimmt. Die Besatzungen der Schleppdampfer haben die Arbeiten wieder aufgenommen. Auf den Werften sind die Verhältnisse noch ungeklärt.

Hamburg, 16. August.

Die gewerkschaftlich organisierten Werftarbeiter beschlossen, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen unter der Bedingung, daß die Lohnverhandlungen fortgesetzt werden. Auch von den Mitgliedern der sogenannten Zentralstreikleitung wurde die Parole ausgegeben, daß die Arbeit sogleich wieder aufgenommen werden soll.

Die „Deutsche Zeitung" verboten

Berlin, 16. August. (Privattelegr.)

Durch Verfügung des Polizeipräsidenten wurde die „Deutsche Zeitung" auf Grund des Republikschutzgesetzes auf 8 Tage verboten.

Steuerpolitik

Der „Vorwärts" ist vor Freude aus dem Häuschen. Weil sein Genosse Hilferding im Reichsfinanzministerium sitzt, kündigt er rasche Arbeit an. Tatsächlich hat Hilferding schon die Finanzamtvorsteher zusammenberufen, um mit ihnen darüber zu beraten, wie die Erträge der neuen Steuern schon in diesem Monat in die Finanzkassen zu leiten seien. Daß der Dollar gesunken ist, das schreibt der „Vorwärts" der günstigen Beurteilung des neuen Kabinetts im In- und Ausland zu, offenbar deshalb, weil so unermeßliche Leute wie Hilferding und Robert Schmidt dazu gehören. Wir wollen hoffen, daß die Markbesserung keine vorübergehende Erscheinung ist, daß sie insbesondere nachdrückliche Stützung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen erhält. Sonst dürfte es eine böse Ueberraschung für die Reichsfinanzen geben. Es darf nicht übersehen werden, daß die Dollarsenkung zeitlich mit der Auflegung der Goldanleihe zusammenfällt. Wenn die Besserung des Markkurses nicht anhält, so bedeutet die Goldanleihe für die Reichsfinanzen ein schlechtes Geschäft. Die Sozialdemokratie hat es bisher immer verstanden, gewagte finanzpolitische Abenteuer mitzumachen, um sich vor der Verantwortung zu drücken, sobald die Auswirkung dieses Abenteuers auf die Reichsfinanzen begann. So war die Sozialdemokratie in der Bankerottregierung Wirth für die Abzapfung der ersten Goldmilliarde, für die „Atempause", die wir mit den belgischen Goldwechseln erkaufen mußten. Als die unvermeidliche Auswirkung drohte, „stürzte" die Sozialdemokratie den Bankerotteur Wirth, um dann fern vom Schuß und fern jeder parlamentarischen und politischen Verantwortung dem Unheil seinen Lauf zu lassen. Aehnliches droht sich in Sachen der völlig verfehlten neuen Steuerpolitik zu wiederholen. Im Reichstag hat sich eine Mehrheit für die summarische Erhöhung von Besitzsteuern gefunden, die angeblich die leeren Reichskassen füllen und das Abwärtsgleiten der Mark verhindern sollen. Den Demokraten wird es heute schon schwül und angst um den Busen, weshalb sie durch ihren parteipolitischen Zeitungsdienst den beschleunigten Umbau des Erzbergerschen Steuerwerkes fordern.

Es kann nicht dringend genug vor der unüberlegten Hoffnung gewarnt werden, als ob die neuen Steuern an sich den finanziellen Druck, der auf Deutschland lastet, lindern könnten. Gewiß, die Reichskassen werden auf der einen Seite mehr Gelder hereinbekommen, um auf der anderen Seite um so mehr auszugeben. Denn die Steuern werden zunächst einmal und allgemein preiserhöhend wirken, was zum Teil auch schon eingetreten ist. Mit welchem „Sachverständnis" die Parteigelehrten der Sozialdemokratie die Wertbeständigkeit der Steuern erläutert und begründet haben, geht aus einem Wisch hervor, den der verflossene Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Hirsch, an die Reichstagsmitglieder versandt hat. Hirsch rechnet die Papiermilliarden der Steuereingänge, wie sie sind oder sein sollten, in Goldmark um. Das ist sehr einfach, ebenso die Folgerung, daß der Fehlbetrag in Goldmark mühelos einzubringen sei, sofern die Steuern wertbeständig gemacht würden. Die ganze Goldmarkrechnung krankt an dem Fehler, daß sie darüber hinwegsieht, wie der Wert der Goldmark in der Vorkriegszeit zustande gekommen ist. Dieser Wert war nicht zufällig, auch nicht ein währungstechnisches Ergebnis, vielmehr abhängig von der gesamten Wirtschaftskraft. Da das Volkseinkommen Deutschlands auf Grund seiner Erzeugung vor dem Kriege rund 40 Milliarden Goldmark betrug, darf nicht unterschoben werden, daß die Goldmark heute ebensoviel wert sein müßte. Die Erzeugung der deutschen Wirtschaft beträgt heute nicht viel mehr als ein Drittel der Vorkriegszeit. Der Goldmarkwert von heute müßte also um das Dreifache höher angesetzt werden, um dann zu einer Belastung der Wirtschaft zu kommen, die selbst ein sozialdemokratischer Finanzminister als „untragbar" bezeichnen würde. Immer vorausgesetzt, daß er tatsächlich den Zusammenhang der Dinge verstünde, daß er sachlich auftrichtig genug wäre, um Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft von den Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms zu scheiden.

Die Folgen der neuen Steuern lassen sich also schon übersehen: gewaltige Preissteigerungen, die das Reich zwingen, die Gehälter und Löhne gewaltig hinaufzusetzen. Dazu wird nicht einmal der Ertrag der Steuern ausreichen, so daß auch für diesen Zweck auf die Notenpresse zurückgegriffen werden muß. Nun ist an sich richtig, daß die rasende Geldentwertung die eine oder andere Gruppe von Steuerzahlern begünstigt hat. Wenn sich hier ein Ausgleich schaffen läßt, so kann er tragbar sein, womit aber nicht im geringsten die Abwälzung der erhöhten Steuern verhindert wird. Am allerwenigsten kann von dem rohen Verfahren der schematischen Steuererhöhung eine Befestigung des

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192308171-12/fragment/page=0001

Markkurses erwartet werden. Im Gegenteil, die Preissteigerungen lösen eine neue Papiergeldzeichensintflut aus, die alles bisher Erlebte hinter sich lassen muß. Wie soll zum Beispiel die Lohnsteuer anders als durch allgemeine Abwälzung getragen werden?

Es ist mehr als leichtfertig, es ist gewissenlos, wenn die Sozialdemokraten unter diesen Umständen den Massen vorgaukeln, der Ausweg aus der Not könnte durch wertbeständige oder durch Goldmarklöhne gefunden werden. Jede Lohnerhöhung, ganz gleich, in welchem Ausmaß sie geschieht, führt zu Preissteigerungen. Die Kaufkraft auch wertbeständiger Löhne wird nicht viel höher oder gar noch niedriger sein, als es heute die Papiermarklöhne sind. Dies jedenfalls dann, wenn der Ertrag der Wirtschaft, die auch den Wert oder die Kaufkraft der Geldzeichen bestimmt, unverändert bleibt. Nicht einmal die völlige Stillegung der Notenpresse wird daran etwas ändern, da die sinkende Kaufkraft der Löhne nicht eine Folge der Geldentwertung oder Geldzeichenüberschwemmung ist, sondern die des allgemeinen und ständigen Rückganges der Erzeugung.

Es ist klar, daß das Einkommen des einzelnen nicht auf die Höhe der Vorkriegszeit geschraubt werden kann, wenn bei unveränderter Bevölkerungszahl das Gesamteinkommen des Volkes um mehr als ein Drittel gesunken ist. Wird die Regierung Stresemann die Kraft finden, nicht nur Steuerpolitik, sondern auch rücksichtslose Erzeugungspolitik zu treiben? Es steht doch mehr auf dem Spiel als nur die Unversehrtheit des sozialdemokratischen Schwindelprogramms.

Die proletarischen Hundertschaften vor dem Staatsgerichtshof

Leipzig, 16. August.

Das vom preußischen Minister des Innern Severing im Mai dieses Jahres erlassene Verbot der proletarischen Hundertschaften wird im September den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik beschäftigen. Bezeichnenderweise ist gegen dieses Verbot gerade vom sogenannten „Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte" Beschwerde eingelegt worden, also von derjenigen kommunistischen Organisation, die in den letzten Tagen als Veranstalter des „Generalstreiks" viel von sich reden gemacht hat. Der Reichsausschuß leitet seine Aktivlegitimation für die Beschwerde aus der Tatsache her, daß er im Mai dieses Jahres eine Mitteilung des Berliner Polizeipräsidiums, gez. i. V. Weiß, erhalten hat, in der es hieß: „Hiermit gebe ich für alle, die es angeht, die Verfügung des preußischen Ministers des Inneern betreffend das Verbot der proletarischen Hundertschaften bekannt". Es ist charakteristisch, daß die kommunistischen Vertriebsräte damit selbst zugeben, daß sie die proletarischen Hundertschaften etwas angehen. Der Reichsausschuß der Deutschen Betriebsräte wird durch Justizrat Viktor Fränkl-Berlin vertreten.

Währungsbank statt Reichsbank

Ein Vorschlag Helfferichs.

(Eigener Drahtbericht.)

Wie die „Niederd. Ztg." erfährt, hat Abgeordneter Dr. Helfferich in der gestrigen Fraktionssitzung der Deutschnationalen von einem von ihm geplanten Vorschlag zur Gesundung des deutschen Geldes Mitteilung gemacht. Er schlägt die Errichtung einer Währungsbank vor, von der die Reichsbank abgelöst werden soll. Zur Gründung der Währung und als Garantie des von ihr ausgegebenen neuen Geldes sollen Landwirtschaft, Handel und Industrie und andere unter Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit zu gleichen Teilen herangezogen werden. Insofern werde die Forderung auf Erfassung der Sachwerte ihre vernünftige und mögliche Erfüllung finden.

Dr. Höfle Reichspostminister?

Wie die Expreßkorrespondenz von zuverlässiger Seite erfährt, dürfte der Abgeordnete Dr. Höfle zum Reichspostminister ernannt werden.

Dr. Anton Höfle ist 1882 in Otterbach in der Rheinpfalz geboren. Nach Absolvierung seines juristischen und volkswirtschaftlichen Studiums trat er als Dezernent in die Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland ein und war während des Krieges Direktor des Deutschen Technikerverbandes. Im Jahre 1919 wurde er zum Direktor des Deutschen Beamtenbundes ernannt und bekleidete gleichzeitig den Posten des Direktors des Gesamtverbandes deutscher Beamten- und Staatsangestellten. Im Jahre 1921 wurde er als Zentrumsabgeordneter in den Reichstag gewählt.

Der neue Chef der Reichskanzlei

(Eigener Drahtbericht.)

Im „Reichsanzeiger" wird nach Aufzählung des bisher bekannten Bestandes des Kabinetts Stresemann genannt: Chef der Reichskanzlei: Mitglied des Reichstages Legationsrat Freiherr v. Rheinbaben, Staatssekretär in der Reichskanzlei.

Gegen den Terror bei Tarifverhandlungen

(Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 15. August.

Gegen den Terror bei Tarifverhandlungen richtet sich eine Anfrage an die sächsische Regierung, die der demokratische Landtagsabgeordnete Professor Dr. Kastner eingebracht hat. In der Anfrage heißt es u. a.: In letzter Zeit haben sich in Sachsen immer mehr und mehr die Fälle gehäuft, daß Tarifverhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unter dem Druck einer vor den Verhandlungslokalitäten demonstrierenden Arbeitermenge gestanden haben und sogar unter Bedrohung mit Gewalt und unter Tätlichkeiten gegen Arbeitgebervertreter diese zum Abschluß von Tarifverträgen gezwungen worden sind, die mit der Wirtschaftslage durchaus nicht mehr im Einklang stehen. Wenn die sächsische Regierung sich nicht dem Verdacht aussetzen will, daß sie selbst diese von kommunistischer Seite betriebene Art von Tarifpolitik offenbar begrüße, dann wird es höchste Zeit sein, daß die sächsische Regierung sofort mit den erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen unter Ausschluß jeder Amnestie solchem anarchistischen Zustand ein Ende bereitet. Was gedenkt die Regierung zu tun, um die unbedingte Freiheit der Tarifverhandlungen und den Schutz ihrer Teilnehmer zu gewährleisten?

Die Sozialdemokraten Ostsachsens zur großen Koalition

(Eigener Drahtbericht.)

Dresden, 16. August.

In einer vorgestern stattgehabten gemeinsamen Sitzung der V. S. P. D. Ostsachsens mit den Vertretern der Unterbezirke Ostsachsens der V. S. P. D. wurde nach eingehender Aussprache eine Entschließung mit 11 gegen 2 Stimmen angenommen, in der es heißt:

Bezirksvorstand und Vertreter der Unterbezirksabteilungen der Bezirksorganisation für Ostsachsen sind der Auffassung, daß der Beschluß der Reichstagsfraktion über den Eintritt in die große Koalition in diesen Zeiten der denkbar unglücklichste ist. Sie mißbilligt mit aller Entschiedenheit diese Festlegung der Fraktion und der Partei ohne vorherige Anhörung der Parteigenossenschaften. Die Parteileitung muß unverzüglich dem wiederholtene Ersuchen stattgeben und wenigstens eine Reichskonferenz einberufen.

Weitere Verhandlungen zwischen Danzig und Polen

(Eigener Drahtbericht.)

Danzig, 16. August.

Die Verhandlungen zwischen der Danziger und der polnischeen Delegation wurden gestern weitergeführt. Es wurde beraten über ein Abkommen, das gewisse Erleichterungen der polnischen Devisenforderung im Danzig-polnischen Verkehr vorsieht und die Annahme des Danziger Notgeldes durch die polnische Eisenbahndirektion und andere polnische Regierungskassen festlegen soll. Gleichzeitig wurden die Verhandlungen über die Sicherstellung der Steuern polnischer Bürger, über das Grundstückssperrgesetz sowie über die den Polen zugeteilten Gebäude fortgeführt. Ueber die Doppelbesteuerung soll am kommenden Montag weiterverhandelt werden, weil die polnischen Sachverständigen aus Warschau bisher nicht eingetroffen sind.

Die „Brotwucherer"

In der Zeitschrift „Der Hammer" beschäftigt sich ein Artikel von Roderich-Stoltheim mit dem Unwillen gegen die Landwirte. Er wirft zunächst die Frage auf, wer die Preise mache, und ob der Bauer wirklich die Preise erhalte, die der Städter bezahlen muß. Darüber sagt er:

„Soviel ich sehen kann, macht der Landwirt die Preise nicht; es machen sie andere Leute, die sich um seine Ware reißen. Es kommen ihm Aufkäufer ins Haus, von denen einer den anderen überbietet. Und ist es nun ein so großes Verbrechen, wenn der Landwirt den Preis nimmt, den man ihm freiwillig gibt? Wenn jemand 4000 Mark für das Ei zahlen will, soll er dann antworten: Nein, ich will nur 500 — oder noch weniger haben?

Der Bauer ist zunächst auch ein Mensch und, wie fast alle heutigen Menschen, materialistisch und geldgierig. Er läßt sich's also recht gern gefallen, wenn man die Preise seiner Waren in die Höhe treibt — wie sich's auch jeder Kaufmann gefallen läßt, wenn man ihm die Waren hoch über den Einkaufspreis bezahlt — und wie auch kein Arbeiter und Angestellter böse ist, wenn man ihm den doppelten oder dreifachen Lohn anbietet. — Hat deswegen schon jemand von „Arbeitswucher" gesprochen?"

Aus persönlicher Erfahrung weist er dann auf die hohen Spannen zwischen Erzeuger und Verbraucherpreis hin.

Ich besitze Einblicke genug in das Wirtschaftsleben, um aus Beispielen zu wissen, daß der Landwirt in vielen Fällen keinen Preis erhält, der den ungeheuren Wucherpreisen der Großstadt entspricht. Des öfteren habe ich ein — der näheren Begleitumstände wegen — geradezu klassisches Beispiel erzählt, wie (lange vor dem Kriege) die Rinder am Berliner Schlachthof auf 64 Mark der Zentner Lebendgewicht standen, während man dem Landwirt nur 37 Mark bot. Und so ähnlich liegt es heute noch. Am 25. Juni war ich Zeuge, wie ein Schweinemäster in Schleswig-Holstein 35 Stück fette Schweine nach Hamburg verkaufte zu einem Preis von 10 000 Mark das Pfund Lebendgewicht und — 14 Tage später stand der Preis an den Viehhöfen bereits auf 30 000 Mark!

Durchaus richtig sieht er einen der Hauptgründe der Entfremdung zwischen Stadt und Land in der jahrzehntelangen, systematischen politischen Hetze gegen die Landwirtschaft:

„Es ist nun einmal so, daß man dem Landwirt einen Gewinn viel weniger gönnt als anderen Leuten. Auch in der Stadt gibt es Personen, die reichlich — sehr reichlich verdienen, und zwar oft ohne jede eigene Leistung. Man denkt an Börsenspekulanten und Warenschieber aller Art. Aber diese Gruppen fallen weniger in die Augen (trotzdem sie die Schlemmer-Lokale und Vergnügungsstätten aller Art füllen). Gegen den Landwirt aber ist von jeher Mißtrauen und Neid genährt worden. Er wurde als „Brotwucherer" verschrien — schon zu einer Zeit, als die Landwirtschaft wahrlich das schlechtest lohnende Gewerbe war. Das gehörte so zur politischen Schablone. Da die Landbewohner den Kern der konservativen Parteien bildeten, so mußten sie von den liberalen, demokratischen und sozial gerichteten Parteien und Zeitungen verdächtigt und verleumdet werden. Der „Agrarier" war immer der „schwarze Mann" in einer gewissen Presse; er war der „Reaktionär" und „Finsterling", dem man jede Art von Schlechtigkeit zutraute.

Diese Anschauung ist vielen städtischen Kreisen derart in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie völlig von der Vorstellung beherrscht sind: „Die Agrarier sind an allem schuld!"

Der Verfasser hat durchaus recht, wenn er weiter darauf hinweist, daß die Landwirtschaft sich gegen all die tausend üblen Verdächtigungen und Verleumdungen, denen sie ausgesetzt ist, sich bei weitem nicht ausreichend zur Wehr setze, daß sie dieser Hetze viel zu sehr das Feld überlasse. Und er sagt darüber recht drastisch:

Eines versteht man in den Kreisen unserer gewerblichen und landwirtschaftlichen Praktiker gar nicht zu würdigen: die Bedeutung „guter Federn". Wo diese Stände ihre Rechte und Wünsche zu verteidigen haben, da geschieht es oft in recht unbeholfener Weise. Man meint wohl, wenn das Gesagte nur an sich richtig und die Gesinnung gut ist, dann sei der Sache schon genügt. Man besitzt kein Verständnis dafür, wieviel wirksamer etwas Gedrucktes sein kann, wenn es lebendig — anschaulich — temperamentvoll und gewinnend dargestellt wird und nicht nur trocken, sachlich und ledern. Bisher sind nur die Völkerbetörer so klug gewesen, die besten Federn und die besten Mundwerke in ihren Dienst zu stellen, was Wunder, wenn die Gaunerei überall in der Welt obenauf ist und die Ehrlichkeit zu kurz kommt.—

Es ist an und für sich natürlich, so bemerkt die „D. T.", daß der praktische Landwirt in seiner Verwachsenheit mit der Natur so viel weniger Sinn für den Kampf um die Tagesmeinung und für tägliche Polemik hat als der städtische Mensch. Aber es ist zweifellos, daß er dadurch unter den heutigen politischen Verhältnissn ins Hintertreffen gerät. Das um so mehr als auf seiten seiner Gegner nicht einmal mit ehrlichen Waffen, sondern mit den bösartigen Mitteln der bewußten Lüge und der hermetischen Fernhaltung auch der offenkundigsten Wahrheiten über landwirtschaftliche Verhältnisse gearbeitet wird.

Die falsche Königstochter

15] Heiterer Roman von Adolf Lindemann

Amerikanisches Copyright 1922 by Carl Duncker, Berlin.

Aber ägyptische Geschichte fürs Volk schreiben? Das hatten doch viele schon vor ihm gemacht. Aber von den neueren Forschungen wußte das breite Publikum doch so gut wie nichts. Insbesondere über die Entdeckungen Professor Berkenbuschs. Wenn er hier etwas schüfe, was den Geheimrat im wahren Sinne des Wortes volkstümlich machte! Dann versöhnte er den alten Herrn wieder, und auch Fräulein Hildegard war ihm wieder gewogen. Heureka! Die Sache wird gemacht. Jetzt waren die Hindernisse beseitigt, die Bahn war frei. Darauf mußte er eine gute Flasche — doch nein, die Bummleei und Kneiperei war jetzt vorbei. Sofort an die Arbeit!

Er ließ sich von dem Bibliothekar die Werke Dr. Berkenbuschs aushändigen, die noch nicht in seinem Besitz waren, und ging mit diesem Schatz nach Hause.

Siebentes Kapitel.

(Selber ist die Frau.)

Einige Wochen später saßen die Damen Berkenbusch nachmittags mit Handarbeiten und Lektüre beschäftigt beisammen, wobei Fräulein Liesel gesprächsweise darauf aufmerksam machte, daß nach ihrer Feststellung sich der einst so glücklich angefangene gesellschaftliche Verkehr auf inem toten Gleis befinde.

Die Mutter seufzte und entgegnete resigniert, ihre Schuld sei das nicht.

„Der Vater ist in manchen Dingen etwas pedantisch," urteilte Liesel und betrachtete ihre Kreuzstickerei aus der Entfernung.

Hildegard, die in Zeitschriften blätterte, beteiligte sich merkwürdigerweise nicht an der Debatte, obgleich sie einst am bestimmtesten gegen das Klosterleben der Villa Berkenbusch protestiert hatte.

„Der Vater hat ganz recht, wenn er eine Abneigung gegen verbummelte Studenten hat," verteidigte die Mutter den getadelten Vater.

Hildegard hatte einen scharfen Einspruch auf der Zunge, doch sie erinnerte sich im letzten Augenblick daran, daß Schweigen Gold sei.

„Herr Liesegang könnte auch in der Wahl seines Verkehrs vorsichtiger sein," versuchte Liesel nun die Last der Schuld etwas zu verteilen.

„Nun laßt aber die Kirche im Dorfe," begehrte jetzt Hilde auf, „Ihr tut ja so, als ob Herr Hartwig ein Schwerverbrecher ist!"

„Jedenfalls hat er uns alle Aussichten genommen," schmollte Liesel.

„Herrje, du wirst schon 'nen Mann kriegen!" platzte Hilde ärgerlich heraus.

„Deine Ausdrücke sind skandalös!" schalt die Mutter.

„Seit wann bist du denn so gleichgültig gegenüber unserer Internierung geworden?" fragte verwundert Liesel Hilde.

„Ich habe mich eben mit meiner Lage abgefunden," war die Antwort.

Liesel blinzelte die schöne Schwester mißtrauisch von der Seite an und dachte: Diese Entsagung ist vollendeter Schwindel, mir scheint, sie geht eigene Wege.

Bei ihrer Kreuzstickerei grübelte sie scharf darüber nach und kam zu dem Ergebnis, daß dies schließlich das klügste sei. Auch sie wollte sich ihr Glück selber zu schmieden suchen, denn wenn sie es aus der Hand ihrer Eltern erwartete, würde sie drum betrogen. Die Mutter war energielos, und der Vater hatte kein Verständnis für die Rechte junger Mädchen.

Trotz des phlegmatischen Naturells lag in der kleinen, zur Ueppigkeit neigenden Person doch Zielbewußtsein und Beharrlichkeit. Hatte sie erst einmal einen Plan gefaßt, dann wurde er auch mit Konsequenz verfolgt. Und über ihrer Kreuzstickerei reifte der Entschluß zum Handeln.

Die erste Etappe dieses Handelns war das Interesse für eine Sonderausstellung alter römischer, griechischer und germanischer Fibeln. Diese alten Gewandnadeln konnten auch schon weibliche Wißbegierde erwecken, denn es waren ja Modegegenstände.

Liesel machte schon am anderen Morgen einen Besuch im Museum und ließ sich von Herrn Dr. Liesegang die Sonderausstellung zeigen und erklären, das konnte sie als Tochter des Direktors verlangen.

Als die reichhaltige Sammlung eingehend besichtigt war, verließ sie das wissenschaftliche Thema und ging zu zwangloserer Unterhaltung über. Sie erinnerte an den schönen Abend in ihrem Hause und bedauerte, daß Liesegang sich so lange nicht habe sehen lassen. Mit weiblichem Scharfsinn hatte sie bald heraus, daß sie sich mit solchen Fragen Liesegang gegenüber kaum etwas vergab, denn bei dessen Schwerfälligkeit war weibliche Reserve direkt ein Fehler.

Liesegang war dem Fräulein gegenüber die personifizierte Aufmerksamkeit. Einen so lückenlosen, feindurchdachten Vortrag über alte Fibeln hatte er noch nie gehalten: das war eine Doktorarbeit für sich. Bei der Frage, warum er sich so selten mache, schnitt er ein ganz unglückliches Gesicht und sagte, von ihm hänge das leider nicht ab, aber einer Einladung würde er mit großer Freude entgegensehen.

„Sie hätten sich einen solideren Freund anschaffen sollen, dann hätte Vater Sie gewiß schon öfter gebeten, zu kommeen."

Auf seinen Freund ließ nun Heinrich Liesegang nichts kommen und es schien ihm hehre Pflicht, ihn zu verteidigen.

„O, Sie kennen Herrn Dr. Hartwig zu wenig, gnädiges Fräulein, er ist ein seltener Mensch. Etwas leichtsinnig zwar, aber es steckt ein edler Kern in ihm."

Liesel rümpfte die Nase: „Treten Sie nur auch in die Fußtapfe dieses leichtsinnigen Menschen, dann —"

Was dann kam, sagte Fräulein Berkenbusch freilich nicht. Liesegang mochte sich indessen nur etwas ganz Schlimmes darunter vorstellen.

„Meine Art ist das lustige Leben nicht, verehrtes Fräulein, aber Sie sollten doch nicht so hart über meinen Freund urteilen."

„Auf Ihren Freund scheinen Sie ja zu schwören. Ein großer Menschenkenner sind Sie wohl kaum, Herr Liesegang. Wenn ich Ihnen raten soll, dann suchen Sie sich einen netteren Verkehr und stellen ihn meinem Vater vor. Ich meine es gut mit Ihnen." Damit reichte Liesel dem Assistenten die Hand und verabschiedete sich. Für heute, schien es ihr, hatte sie ausreichend prädisponiert.

Den armen Heeinrich ließ sie aber in einer Seelenzwangslage zurück, die ihm viel zu schaffen machte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192308171-12/fragment/page=0002

us Mitteldeutschland

Die Lebensmittelnot in den Städten

in Aufruf des Regierungspräsidenten an die Landwirte.

Der Regierungspräsident hat in der Sonderausgabe des latts der Regierung zu Magdeburg unter dem 13. August folgenden „Aufruf an die Bevölkerung des platten Landes" entlicht:

Die Bewohner der Städte, und zwar aller Städte, der , Mittel- und Kleinstädte, leiden bittersten Man an den notwendigsten Nahrungsmitteln, ders an Kartoffeln, Fetten, Gemüsen und schließlich auch h, soweit dieses von der Bevölkeruneg der Städte überhaupt verzehrt wird.

Es kann nicht ausbleiben, daß auch im Regierunsbezirk deburg, der bisher von schweren Erschütterungen durch uhe und Besonnenheit seiner Bevölkerung und die zu ssige Führung seiner Organisation bewahrt ist, nunmehr Verzweiflung unüberlegte Handlungen mmen.

Deshalb wende ich mich an die Bevölkerung des platten es, alles, was an notwendigen Nahrungsmitteln behrlich ist, mit gesteigerter Kraft aus Liebe zu den enden Volksgenossen in vaterländischer Erkenntnis herzugeben.

Denkt an die Männer, die schwer arbeiten müssen, denkt ie Frauen und Kinder! Es geht in diesen Tagen um das Letzte in Deutschland!

Zu der Lebensmittelnot kommt der Mangel an Zahlungsln. Es ist nicht genug Reichsgeld im Verkehr. Darum t auf dem Lande auch die Geldscheine der Stadt- und Land, die in Reichsgeld wieder eingelöst werden!

Bedenkt auch, daß Ihr die Preise nicht ungebührhochtreibt. Jedermann weiß, daß auch die Bedürfder Bevölkerung auf dem Lande im Gelde gestiegen sind, erwägt, daß Eure Preisforderungen wieder neue Lohnrungen hervorbringen und daß diese Lohnforderungen auch r Euch selbst die Gegenstände Eures Bedarfes verteuern.

Magdeburg, den 13. August 1923.

Pohlmann, Regierungspräsident.

Anarchie in Löbejün

Löbejün, 16. August.

Seit Sonnabend streiken die Arbeiter des Steinkohlenberg Plötz und die der Porphyrsteinbrüche. Gestern wurden die Landarbeiter von kommunistischen Horden gewaltsam gegen, zu streiken. Anarchie herrscht im ganzen Städichen. Polizei ist machtlos. Größere und kleinere Banden verüben ört und dauernd Felddiebstähle. Das Getreide wird von Räubern gleich auf dem Felde gedroschen. Dem hiesigen gut sowie den Rittergütern Merbitz und Krosigk sind große eideflächen gewaltsam abgeerntet. Tag und Nacht wird das egut in die Stadt geschleppt oder gefahren. Um der ungsmittelnot der „armen" Arbeiterbevölkerung, von , die meistens 1 bis 2 Schweine und 12 Gänse besitzen und genügend Getreide und Feldfrüchte zusammen gestohlen , zu steuern, war gestern abend vom Bügermeister eine sammlung einberufen, in der sich Landwirte und Geschäftse vor einem Forum von Streikleitung, Kontrollausschüssen sonstigen kommunistischem Gelichter verantworten sollten Vorwürfe von Wucher und Verteuerung. In dieser Verlung wurde viel leeres Stroh gedroschen. Greifbare Erisse wurden nicht gezeitigt. An allen Stadteingängen stehen posten, die Arbeitswillige verhindern, die Arbeitsstätten usuchen.

ubüberfall im König-Albert-Park in Leipzig

Am Abend des 11. d. Mts., gegen 10 Uhr, ist eine junge beiterin in der Könneritzstraße von einem Unbekannten sprochen worden, als sie auf dem Wege von der Jahnstraße der Friedrichstraße, ihrer Wohnung, unterwegs war. Der nde veranlaßte sie, ihren Weg durch den König-Albert-Park nehmen. Dort angekommen, würgte er das Mädchen Halse, entriß ihm seine braunlederne Handtasche mit 0000 Mark, dem Wochenlohn, und verschwand damit in Dunkelheit, was ihm durch das Fehlen jeglicher Bechtung der Straße infolge des Streikes um so r gelang. In der Handtasche befanden sich noch ein weißes B." gezeichnetes Taschentuch, Schlüssel und Toilettegegende. Ein auf die Hilferufe hinzugeeilter Buchhalter konnte in der Finsternis auch nichts zur Verfolgung des Täters rnehmen. Der Bursche soll 25 Jahre alt, 1,70 Meter groß, al gewesen sein, habe dunkles, gescheiteltes Haar und keinen urrbart gehabt. Seine linke Hand sei schwach und verpelt gewesen.

Entdeckte Verbrecher

Fulda, 16. August.

Am 14. Juli d. Js. wurde in Deifeld (Bezirk Arnsberg) die rige ledige Marie Padberg durch Schläge mit einem pfen Gegenstand in ihrer Wohnung ermordet und dabei ndmittel, Geld und Wertsachen gestohlen. Der Verdacht te sich gegen die Nichte der Ermordeten und deren angebn Bräutigam, Thomas Niesbord aus Osterfeld bei Obersen. Durch die Beschreibung des vermutlichen Täters aufsam gemacht, meldete ein Zeuge, daß jener am 29. Juli in da gewesen sei, um eine Uhr und einen Ring zu verkaufen. Nachprüfung bei den hiesigen Uhrmachern und Althändlern sich die Uhr und der Ring vor, so daß die Person des Mör nunmehr feststeht. Durch weitere Nachforschungen hat die Spur der Flüchtigen entdeckt.

Eröffnung der Weimarer Bauhauswoche

Weimar, 16. August.

Die im Gegensatz zu anderen Ausstellungen rechtzeitig fertig dene, mit allseitiger Spannung erwartete Ausstellung e Mittwoch vormittag im Beisein der höchsten Beamten des bildungsministeriums und des Stadtdirektors Dr. Müller Vestibül des Bauhauses, das bis zur Treppe hinauf dicht ge war, eröffnet. Staatsminister Greil wies darauf hin, daß vierjährigem Bestehen und nach Ueberwindung der ersten vierigkeiten das Bauhaus zum ersten Male in die Oeffentit trat und zeigen wolle, was es bisher geleistet habe und Zukunft leisten wolle. Der Grundgedanke sei die Eingliedeg der Kunst in das gesamte Wirtschaftsleben; die Ausstellung e einen Versuch dar; ob er gelungen sei, soll die öffentliche it nachprüfen. Reichskunstwart Dr. Redslob überbrachte Grüße der Reichsregierung, insbesondere des Reichsministers Innern und des Staatssekretärs Schulz, des Leiters der gewerbeabteilung im Ministerium des Innern, die wegen politischen Lage am Erscheinen verhindert seien. Er selbst e sich durch ständige Zusammenarbeit mit dem Bauhaus verden und Wege für die Zukunft weisen wolle. Hierauf begrüßte Leiter des Bauhauses Gropius die zahlreich erschienenen te und gab einen Rückblick auf die Geschichte des Bauhauses, der ein Stück Kulturgeschichte wohne, dessen Grundgedanken in der Aufgabe erblickt, die Kunst im Zusammenhang mit anen Lebensgesetzen zu bringen. Hierauf führte er die Gäste h die verschiedenen Säle und Werkstätten der Ausstellung, mit ihnen hierauf durch den Park zur Besichtigung des Einhauses oberhalb des Horns und schließlich in die Ausstellungsräume des Landesmuseums, überall die nötigen Erläuterungen gebend. — Am Abend hielt er in der „Erholung" einen Vortrag mit Lichtbildern über „Kunst und Technik — eine neue Einheit".

Zentralstelle für Deutsche Handwerkswirtschaft

Von der Pressestelle des Mitteldeutschen Handwerkerbundes wird uns geschrieben:

In diesen Tagen fand in Würzburg eine Mitgliederversammlung der Zentralstelle für Handwerkswirtschaft, e. V., Berlin, statt, der auch die Wirtschaftsstelle des Mitteldeutschen Handwerkerbundes, e. G. m. b. H., Erfurt, angehört. Der Vorsitzende der Zentralstelle, Generalsekretär Normann vom Reichsverband des Deutschen Handwerks, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, berichtete zunächst über die allgemeine wirtschaftliche Lage, sowie über die bisherige Tätigkeit der Zentralstelle, insbesondere über die Verhandlungen mit der preußischen Landesauftragsstelle und die Vereinbarungen, die über die Beteiligung des Handwerks an dem Wiederaufbau der besetzten Gebiete getroffen worden sind. Anschließend skizzierte er die Aufgaben, die in der nächsten Zeit der Lösung harren, um das Handwerk durch Heranbringen an den Weltmarkt lebensfähig zu erhalten.

Als zweiter Redner sprach der Leiter der Zweigstelle Serbien in Belgrad über die mit der serbischen Regierung und serbischen Firmen gepflogenen Verhandlungen und über die wirtschaftliche Lage in Serbien. Beiden Berichten folgte eine rege Aussprache, in der auch die Erfahrungen der einzelnen Wirtschaftsstellen, deren wachsende Entwicklung unverkennbar ist, ausgetauscht wurden. — Vom 1. September d. J. ab wird die Wirtschaftsstelle des Mitteldeutschen Handwerks, e. G. m. b. H. in Erfurt, in Berlin eine eigene Vertretung einrichten.

Teuchern, 16. August. (Großer Brand.) Heute vormittag ist die große Scheune des Gutsbesitzers Metzoldt vollständig niedergebrannt. Die bereits eingebrachten Erntevorräte (Roggen, Gerste) sind neben verschiedenen Maschinen und sonstigen Gerätschaften ein Raub der Flammen geworden. Es liegt Brandstiftung vor und als Täter sollen zwei junge Burschen in Frage kommen, die vor einigen Tagen nach Lebensmitteln vorgesprochen haben. Das angrenzende Besitztum des Tischlermeisters Hoyer war stark bedroht, konnte aber, von einzelnen Beschädigungen abesehen, gerettet werden, da genügend Hilfe und Wasser vorhanden war.

Wiedemar, 16. August. (In die hiesige Molkerei) wurde eingebrochen und der ganze Butterkeller restlos ausgeräumt, was zur Folge hatte, daß am anderen Morgen die vielen Mütter, die sich Butter holen wollten, ohne solche wieder heimgehen mußten.

Merseburg, 16. August. (In eine gefahrvolle Lage) geriet am Dienstag nachmittag eine junge Frau, die auf dem Wege von Brühl nach der Oelgrube die Straßenenge zwischen dem Taitzaschen Hause und dem Grundstück Oelgrube Nr. 1 benutzte. Noch ehe sie die kurze Strecke zurückzulegen vermochte, bog plötzlich ein breiter Rollwagen in diese Gasse ein und drückte die Frau dermaßen gegen die Hauswand, daß sie nicht mehr weiter konnte und in das nächste Haus gebracht werden mußte. Später wurde sie von ihrem Manne nach Hause geholt. Glücklicherweise hatte die bedauernswerte Frau außer schmerzhaften Quetschungen in den Hüften keine gefährlicheren Verletzungen erlitten.

Weißenfels, 16. August. (Unsicherheit auf der Landstraße.) Ein Arbeiter eines Weißenfelser Betriebes, der früh aus seinem Heimatsorte im Landkreise mit dem Rade nach seiner Arbeitsstätte fahren wollte, wurde unterwegs angefallen, seines Rades, der Taschenuhr und auch einiger Kleidungsstücke beraubt und obendrein, als er sich zur Wehr setzte, durch einen Messerstich im Gesicht erheblich verletzt.

Donndorf, 16. August. (Die altehrwürdige Klosterschule) Donndorf muß infolge der jetzigen mißlichen Verhältnisse ihre Pforten schließen. Den Eltern der Schüler wurde mitgeteilt, daß die Ferien um acht Tage verlängert worden sind und in zwei Monaten die Schule gänzlich geschlossen wird. Den Eltern wird freigestellt, die Knaben schon jetzt in andere Schulen unterzubringen.

S. Eisenach, 16. August. (Eine gewaltige Wind- und Wasserhose), von Westen aus dem Werratale kommend, entlud sich gestern nachmittag gegen ½6 Uhr unter wolkenbruchartigen Regenmassen und heftigem Hagelschlag über Eisenach und Umgegend und richtete ungeheuren Schaden in Gärten. Wäldern und Feldern, an Häusern, Telegraphen-, Telephon- und elektrischen Lichtanlagen an. Der orkanartige Sturm trieb dichte, gelbe Staubwolken vor sich her, welche die Gegend zeitweise in tiefe Finsternis hüllten. Besonders groß ist der durch Windbruch in den Wäldern und Obstplantagen angerichtete Schaden. In Eisenach wütete das Wetter schadenbringend vor allem auf dem Markt, woselbst er drei der prächtigen, 120jährigen, hohen, starken Lindenbäume, die dem Platz das charakteristische Gepräge gaben, entwurzelte und unter gewaltigem Gekrach zu Boden legte. Auch auf der Villenkolonie der Marienhöhe, im Park vom Pflugensberg und am Dach der ehrwürdigen Georgenkirche wurde großer Schaden angerichtet. In Scharen zogen alt und jung in die naheliegenden Wälder, wo ihnen der orkanartige Sturm reiche Beute an Holz an Weg und Steg aufgeschichtet hatte. Auch der Getreideernte dürfte das Unwetter schadenbringend gewesen sein. Gewaltige Wassermassen stürzten von den Höhen zu Tal und führten neben Geröll große Sandmossen mit.

Dessau, 16. August. (Ein prächtiges Meteor) wurde am gestrigen Morgen gegen 12¾ Uhr beobachtet. Es leuchtete am nordöstlichen Himmel auf und flog nach Südwesten. Der Kern erschien in bläulichem Lichte und hatte einen langen Schweif, die mondlose Nacht sekundenlang erleuchtend. Da wir uns gerade in der Periode eines der großen Sternschnuppenschwärme (Perseiden) befinden, so ist anzunehmen, daß auch das beobachtete Meteor aus diesem herrührte und auf die Erde stürzte.

Mühlstedt, 14. August. (Waldbrand. — Ausgebliebene Einquartierung.) Gestern verbrannten hier etwa 3 Morgen Bauernwald. Der Brand ist höchstwahrscheinlich entstanden durch Flugasche eines Wiesenburger Zuges. — In der 8. Abendstunde wurde hier plötzlich Einquartierung angesagt, die um 10 Uhr eintreffen und um 12 Uhr nachts schon wieder über Roßlau nach Dessau abmarschieren sollte. Die Fouriere waren schon im Ort. Alles rüstete schon das Abendbrot für die erschöpften, von Serno über Thießen kommenden Soldaten zu. Die elektrische Straßenbeleuchtung wurde eingeschaltet, aber es wurde 11, es wurde 12, es wurde 1 Uhr, und von den Soldaten war immer noch nichts zu sehen. Da rückten denn auch die Fouriere nach Roßlau ab. Wie verlautet, sind die Truppen, eine Kompagnie aus Zerbst, noch mit klingendem Spiel durch Thießen gezogen, haben dann aber den Weg verfehlt und gelangten nach Natho anstatt nach Mühlstedt. Als sie ihres Irrtums gewahr wurden, zogen sie dann wieder nach Thießen zurück und von da auf der Kreisstraße, Mühlstedt rechts liegen lassend, nach Roßlau, wo sie sich mit einer anderen, von Kliecken her kommenden Kompagnie vereinigten.

Neuhaldensleben, 16. August. (Geldscheine als Altpapier.) Der Bäckermeister Rimmerhöker aus Klein-Wanzleben wollte für 1200 Mark Ein- und Zweimarkscheine umwechseln, aber er fand keinen Abnehmer. Schließlich verkaufte er es an einen Lumpenhändler als Altpapier und bekam dafür 2000 Mark.

Löbau, 16. August. (Ein gräßlicher Unglücksfall) ereignete sich am Sonnabend in Kotitz. Dort war der Mühlenbesitzer Mersiosky mit Getreidemähen beschäftigt. Dabei geriet sein dreijähriges Kind, das am Rande des Kornfeldes spielte, in die Messer der Maschine, die ihm im Beisein der Mutter beide Beine abschnitt. Ein gleicher Unglücksfall ereignete sich merkwürdigerweise am gleichen Tage in Zescha bei Bautzen. Dort kam das ebenfalls dreijährige Kind des Gutsbesitzers Horst in die vom Vater geführte Mähmaschine, wobei ihm ein Bein abgeschnitten und vom anderen die Sehne zerschnitten wurde. Beide Kinder wurden ins Bautzener Krankenhaus eingeliefert.

Halle und Umgebung

Halle, 17. August.

Heute Wiederaufnahme der Arbeit

Dieser „Generalstreik", in den die Kommunisten die Arbeiter Halles und Mitteldeutschlands freventlich gehetzt haben, war ein tüchtiger Reinfall. Man hat nicht nur auf die politischen, sondern auch auf die wirtschaftlichen Forderungen verzichten müssen. Als die Besucher der entscheidenden Volksparkversammlung gestern nachmittag den „Klassenkampf" mit der großen Ueberschrift „Ohne Bewilligung der Forderungen keine Aufnahme der Arbeit" lasen, da hatten sie bereits einstimmig dafür gestimmt, am Freitag wieder in die Betriebe zu gehen. Von Forderungen hatte man gar nichts geredet. Oder doch: über die soll später verhandelt werden . . .

Ein größeres Fiasko konnten die hallischen Kommunisten wahrlich nicht erleben!

— **Fahrpreiserhöhung.** Auch bei der Fahrpreiserhöhung am 20. August gelten die bis 19. August zum alten Preise gekauften Fahrkarten wieder vier Tage zum Antritt und zur Beendigung der Reise. Diesmal können solche mit dem 19. abgestempelten Karten jedoch schon am 17. oder 18. gelöst werden. Zur Vermeidung des Andranges am 19. August wird das Publikum im eigensten Interesse auf diese neue Erleichterung aufmerksam gemacht.

—**Mithilfe von Schülern bei der Kartoffelernte.** Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat folgende Verfügung erlassen: Angesichts der in diesem Jahre besonders großen Schwierigkeiten für die Beschaffung der erforderlichen Lebensmittel erscheint es zur Sicherstellung unserer Volksernährung geboten, die Mithilfe der Schuljugend bei der Kartoffelernte in weitgehendem Umfange zu ermöglichen. Wo daher die Schulferien nicht so liegen oder so gelegt werden können, daß die Mitarbeit der Schulkinder bei der Kartoffelernte — insbesondere bei der Frühkartoffelernte — ausreichend möglich ist, ist Urlaubsanträgen von Lehrern und Aufsichtsbeamten für diesen Zweck schnell und möglichst weitgehend zu entsprechen.

Turnen, Spiel und Sport

3. Mitteldeutsches Schüler-Turn- und Sportfest

Das Meldergebnis zu den turnerischen und sportlichen Kämpfen, die die Latina-Halle zum 3. Male auf ihren Plätzen in den Franckeschen Stiftungen von Freitag, den 24. bis Sonntag, den 26. August, veranstaltet, übertrifft mit 56 gemeldeten Schülern und 820 Wettkämpfern trotz der ungünstigen Zeitverhältnisse die Zahl der Teilnehmer des Vorjahres. Besonders die Schwimmwettkämpfe haben eine Zunahme der Felder aufzuweisen und erfreuen sich diesmal einer gleichmäßigen Beteiligung aller Schulen. In der Leichtathletik haben von den Mannschaftswettkämpfen die 4 mal 100-Meter-Staffel Kl. I (Verteidiger: Bismarckschule, Magdeburg) mit 19 und der Faustball mit nicht weniger als 21 Meldungen die stärkste Beteiligung aufzuweisen. In den Einzelbewerben sind die Kurzstrecken (100 Meter Kl. I, 54 Teilnehmer), der Hochsprung und vor allem der turnerische Neunkampf (Kl. I und II 93 Meldungen) am stärksten besetzt. Der 1500-Meter-Lauf Kl. I erhielt 37 Meldungen.

Angesichts dieser so zahlreich eingegangenen Meldungen werden wir, wenn der Wettergott uns gnädig gesinnt ist, auch in dem 3. Mitteldeutschen Schüler-Turn- und Sportfest ein bedeutendes sportliches Ereignis für die Stadt Halle erblicken können.

Aus aller Welt

Mit mehreren Milliarden durchgebrannt

München, 16. August.

Aus Schrebenhausen ist der 27jährige Bankbeamte Fritz Kugler nach Veruntreuung von mehreren Milliarden Mark flüchtig geworden. Am schwersten geschädigt ist eine Münchener Bank, die Kugler wertvolle Papiere in Höhe von über zwei Milliarden überlassen hatte.

Ungeheures Autounglück

Wie Pariser Blätter melden, ist ein mit 25 Personen besetztes Auto bei einem Ausflug in die Pyrenäen in der Nähe von Lourdes einen 80 Meter tiefen Abhang hinabgestürzt. Alle 25 Personen wurden getötet.

Furchtbares Unglück beim Stierkampf

Paris, 16. August.

Nach einer Morgenblättermeldung aus Marseille sprang in Fourges während eines Stierkampfes ein Stier in den Zuschauerraum. Die Menge flüchtete auf die Tribüne, die unter dem Gewicht zusammenstürzte. Vier Personen wurden dabei getötet, 25 verletzt.

Wildwest in Spanien. Vor ein paar Tagen drangen in Barcelona acht, mit Revolvern bewaffnete Banditen in eines der feinsten Restaurants ein und nahmen, während einige Spießgesellen an der Tür Wache standen, den Gästen alles Geld und alle Wertgegenstände ab. Sie entfernten sich dann, nachdem sie den verblüfften und beraubten Gästen guten Appetit gewünscht hatten. Barcelona ist bekanntlich seit Monaten der Brandherd von Streikunruhen, in deren Verlauf die Oeffentlichkeit jeder Sicherheit verloren hat. Auf dem Büro der Syndikalisten wurde vor ein paar Tagen eine große Menge von Munition nebst den dazu gehörigen Waffen beschlagnahmt.

Tragischer Ausgang einer Zwangsmieterfeindschaft. In ihrer Wohnung in München an der Türkenstraße hat auf Grund einer aus der Zwangsmietung entstandenen Feindschaft die Gattin des Bergbaudirektors Lamprecht ihre Zwangsmieterin, die Kaufmannsfrau Anna Frank, niedergeschossen und lebensgefährlich verletzt. Frau Frank war im Begriff, aus der Lamprechtschen Wohnung auszuziehen.

Schweres Eisenbahnunglück. Havas meldet aus Paeblo (Colorado): Bei einem Zusammenstoß zweier Personenzüge wurden neun Personen, sämtlich Eisenbahner, getötet.

Naht- und nagellose Beschlungen,
Aufklärungsschrift gratis.
Hartmann & Hanson, Halle, Talamtstr. 8.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192308171-12/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung“

Danzig-Devisen

Danzig, 16. August.

	G.	B.		G.	B.
New York	3241875,—	3258125,—	London	14214375,—	14285625,—
Polen-Noten	1846,62	1858,88	Amsterdam	1221937½	1228012½
Warschau	1297,—	1303,—	Paris	169575,—	170425,—
Posen	1147,12	1152,88			

Abenddevisen

Im Berliner Abenddevisenverkehr setzte sich die Aufwärtsbewegung für Devisen weiter fort. Die Nachfrage ist ziemlich groß und die Tendenz stark befestigt. Gegen 5 Uhr wurden Dollar mit 4 000 000 und Pfunde mit etwa 19 000 000 Mark gehandelt.

Die Besteuerung der Betriebe

Im Reichsgesetzblatt wird das vom Reichstag am vergangenen Freitag beschlossene Gesetz über die Besteuerung der Betriebe veröffentlicht, das wir in Anbetracht seiner Wichtigkeit nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Artikel I.

Das Reich erhebt auf die Dauer von sechs Monaten eine Abgabe

1. von den industriellen, gewerblichen und Handelsbetrieben nach Maßgabe des Artikels II,
2. von Betrieben, die dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, nach Maßgabe des Artikels III.

Artikel II.

Abgabe der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe.

§ 1. Abgabepflichtig gemäß Artikel I Nr. 1 sind alle natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, solange sie innerhalb der Geltung dieses Gesetzes Arbeitnehmer beschäftigen.

§ 2. Von der Abgabe sind befreit

1. öffentliche Körperschaften,
2. inländische Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach der Satzung, Stiftung oder sonstigen Verfassung ausschließlich gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dienen,
3. rechtsfähige Pensions-, Waisen-, Sterbe-, Unterstützungs- und sonstige Hilfskassen für Fälle der Not oder der Arbeitslosigkeit,
4. Personen, denen unter Wahrung der Gegenseitigkeit nach allgemeinen völkerrechtlichen Grundsätzen oder nach besonderen mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarung ein Anspruch auf Befreiung von den persönlichen Steuern zusteht.

§ 3. Die Abgabe beträgt das Zweifache der Beträge die der Arbeitgeber gemäß § 46 des Einkommensteuergesetzes in der Zeit vom 1. September 1923 bis zum 29. Februar 1924 (Lohnabzüge) an das Reich abzuführen hat.

§ 4. Arbeitgeber, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn ihrer Arbeitnehmer (§ 46 des Einkommensteuergesetzes) im Ueberweisungsverfahren bewirken, haben gleichzeitig mit dieser Ueberweisung die Abgabe zu entrichten.

Arbeitgeber, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn ihrer Arbeitnehmer (§ 46 des Einkommensteuergesetzes) durch Verwendung von Steuermarken bewirken, haben die Abgabe, die nach der in der Zeit vom 1. bis zum 15. eines Kalendermonats vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträgen berechnet wird, spätestens bis zum 25. dieses Kalendermonats und die Abgabe, die nach den in der Zeit vom 16. bis zum Schlusse eines Kalender-Monats vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträgen berechnet wird, spätestens bis zum 10. des folgenden Monats zu entrichten.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die Fristen für die Entrichtung der Abgabe anderweitig festzusetzen.

Artikel III.

Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe.

§ 1. Abgabepflichtig im Sinne des Artikels I Nr. 2 ist der Eigentümer des Grundstücks. Uebt der Eigentümer den Betrieb nicht selbst aus, so ist die Abgabe von dem Eigentümer und dem, der den Betrieb ausübt, je zur Hälfte zu entrichten.

§ 2. Auf die Befreiung von der Abgabe finden die Vorschriften des Artikels II § 2 entsprechende Anwendung.

§ 3. Die Abgabe beträgt für je zweitausend Mark Wehrbeitragswert eine und eine halbe Mark monatlich.

Wehrbeitragswert ist der Wert, der auf Grund des Wehrbeitragsgesetzes oder des Gesetzes über Steuernachsicht für das Grundstück ohne Abzug von Schulden und Lasten endgiltig zugrunde gelegt worden ist oder, wenn eine Veranlagung zum Wehrbeitrage nicht stattgefunden hat, zugrunde zu legen gewesen wäre.

Die Abgabe ist in Gold zu zahlen. Sie kann jedoch in deutschen Banknoten, Reichskassenscheinen und Darlehnskassenscheinen in dem um das Aufgeld erhöhten Betrage gezahlt werden. Das Aufgeld wird jeweils im voraus von dem Reichsminister der Finanzen festgesetzt und im „Reichsanzeiger“ öffentlich bekanntgemacht.

§ 4. Die Abgabe ist am 1. jeden Monats, zum erstenmal am 1. September 1923 fällig. Sie ist unaufgefordert zu entrichten. Abgabepflichtig für den vollen Kalendermonat ist derjenige, in dessen Person die Voraussetzungen des § 1 bei Beginn des jeweiligen Kalendermonats vorliegen.

Artikel IV.

Gemeinsame Vorschriften.

§ 1. Ein Bescheid über die Abgaben nach Artikel II und III wird nicht erteilt. Das Berufungsverfahren ist ausgeschlossen. Die Befugnis des Abgabepflichtigen zur Einlegung der Beschwerde (§§ 224, 281 der Reichsabgabenordnung) bleibt unberührt.

§ 2. Auf die Abgaben nach Artikel II und III finden die Vorschriften des Artikels III § 1 des Gesetzes über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuergesetzen vom 20. März 1923 in der Fassung des Steuerzinsgesetzes vom 11. August 1923 entsprechende Anwendung.

§ 5. Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen erläßt der Reichsminister der Finanzen; er kann für Kleinbetriebe Ausnahmen zulassen.

§ 6. Wer die nach diesem Gesetz zu entrichtenden Abgaben hinterzieht, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit einer Geldstrafe bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Wer in anderen als den im Absatz 1 bezeichneten Fällen den Vorschriften dieses Gesetzes und den dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu zehn Milliarden Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ist die Zuwiderhandlung fahrlässig begangen, so tritt Geldstrafe bis zu fünf Milliarden Mark ein.

*

Das Steuerzinsgesetz wird derart geändert, daß bei nicht rechtzeitigen Zahlungen auf Grund des Einkommensteuergesetzes, des Körperschaftssteuergesetzes, des Vermögensteuergesetzes, des Erbschaftssteuergesetzes, des Umsatzsteuergesetzes und des Gesetzes zur Sicherung der Brotversorgung vom Zeitpunkte der Fälligkeit ab nach näherer Anordnung des Reichsministers der Finanzen ein Zuschlag zu zahlen ist. Für Verzugszinsen, die auf Grund des § 104 der Reichsabgabenordnung oder auf Grund anderer Vorschriften der Reichssteuergesetze geschuldet werden, sowie für Zinsen bei Zahlungsaufschub kann der Reichsminister der Finanzen den Zinsfuß auf mehr als 5 Prozent jährlich festsetzen. Es handelt sich bei dem Steuerzinsgesetz also nur um ein Blankogesetz. Die wirklich zu zahlenden Zinssätze werden vom Reichsfinanzminister festgesetzt.

Der Weltkaffeemarkt

Von einer holländischen Großhandelsfirma wird uns geschrieben:

Das Valorisations-Komitee hat noch nicht bekannt gemacht, in welcher Weise die Stützungs-Aktion für das National-Produkt Brasiliens fortgeführt wird. Es sollen Verhandlungen wegen Aufnahmen von Anleihen in London fortgepflogen werden; wir haben den Eindruck, daß die Bankkreise erst die Entwicklung der in Blüte stehenden 1924/25-Ernte abwarten wollen.

Brasilien: Gegen Monatsmitte wurden die Forderungen für Kosten und Fracht auf späte Abladung scharf ermäßigt, und es fand ein ziemlich umfangreiches Geschäft in schwach beschriebenen Typen statt. Ziemlich viel wurde in den leicht regenbeschädigten Kaffees aus neuer Ernte gehandelt. Später im Monat kam eine entschieden bessere Stimmung zum Durchbruch.

Zentral-Amerika: Von Salvador liegen keine Offerten vor, das Wenige, was noch drüben ist, wird wesentlich höher gehalten als man hier kaufen kann. Die Salvador-Ernte hat 800 000 Quintalen ergeben (500 000 Sack); es war also ein gutes Ergebnis. Die kommende Ernte schätzt man auf 800 000 Quintalen.

Von Columbia wird uns berichtet, daß größere Partien billig verhandelt wurden infolge Liquidation der Banco Lopez in Bogota, welche durch hohe Vorschüsse auf Ernten in Schwierigkeiten geraten war. Dieselben wurden durch Hilfe der Regierung behoben und Preise sind drüben wieder bedeutend gestiegen. Die Ernteerträge von 1922/23 werden geschätzt auf Costa Rica 200 000 Sack, Nicaragua 300 000 Sack.

Termine: Da vom Dezember ab am Amsterdamer Markt nur noch ein sogenannter gemischter Kontrakt (auf den zum Nachteil der Empfänger alle Sorten geliefert werden können) besteht, wendet sich das Gesamtinteresse dem Rotterdamer Terminmarkt zu. Unser Markt bietet dem ernsten Arbitrageur, Händler und Spekulanten die beste Gelegenheit in Europa, um Transaktionen in Santos-Kaffee vorzunehmen, da er hier in wertbeständiger Währung handelt und die weitgehendste Sicherheit hat, daß ihm nur Santos-Kaffee angedient werden kann. Die Umsätze an unserem Markt waren bedeutend und derselbe hat sich als sehr aufnahmefähig gezeigt. Die Abgaben der Arbitrageure gegen große Abschlüsse mit Santos wurden gut aufgenommen. Unter diesem Druck wurde Dezember einen Augenblick bis zu 25 Cts. herunter gehandelt; seitdem hat sich dieser Monat bis auf 28 Cts. wieder erholt, um zum Schluß auf 27 Cts. zurückzugehen. Der Vorrat in den Niederlanden betrug am 31. Juli 1923 203 474 Sack gegen 206 706 Sack am 30. Juni 1923.

Eine Meßziffer im Nahrungsmittelgroßhandel

Seit einigen Tagen veröffentlicht der Landesverband Berlin und Brandenburg am Schlusse der täglichen Großhandelspreise für die wichtigsten Nahrungsmittel eine Meßziffer.

Diese Meßziffer wird ermittelt durch Addition und Vergleich der Großhandelspreise der 54 verschiedenen Inlands- und Auslandswaren, für welche der Verband nach seinen Erfahrungen Tagesnotierungen für notwendig hält.

Für den 2. Januar 1923 ist die Zahl 9 als Meßziffer ermittelt, für den 8. August 1923 die Zahl 55 524, das bedeutet, daß die innere Geldentwertung am Warenmarkte eine Ware, die am 2. Januar 1923 9 M. je Pfund kostete, auf 55 524 M. je Pfund am 8. August 1923 verteuert hat.

Die Meßziffer stellt einen Versuch dar, eine zuverlässige Schlüsselzahl für den Nahrungsmittel-Groß- und Einzelhandel zu finden, nach der die innere Geldentwertung oder Aufwertung täglich gemessen werden kann.

Die Verbindlichkeiten der Firma Appen & Co., Hamburg

Nach einer Meldung der „Voss. Ztg.“ über die Zahlungseinstellung der Firma V. Appen u. Co., Hamburg, betragen die Verbindlichkeiten der Firma nach Mitteilungen der Beauftragten etwa 750 bis 900 Millionen Mark. Die seit etwa zwei Jahre bestehende Firma besitzt ein Kapital von 2 Millionen Mark. Als Gläubiger kämen hauptsächlich Breslauer Firmen in Betracht, jedoch seien sämtliche Hamburger Futtermittelimporteure beteiligt.

---

* **Die amerikanische Baumwollernte.** Die diesjährige amerikanische Baumwollernte wird auf 11 516 000 Ballen zu 500 Pfund geschätzt, gegenüber einem Erträgnis von 11 449 000 Ballen im Jahre 1922, 7 954 000 Ballen im Jahre 1921 und 13 446 000 Ballen im Jahre 1920.

Kursächsische Braunkohlenwerke, A.-G. in Berlin. Der Aufsichtsrat beantragt bei der zum 6. September einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 35 Mill. Mark. Es sollen 2 Mill. Mark auf den Inhaber lautende, ab 1. Januar 1923 dividendenberechtigte Vorzugsaktien und 3 Mill. Mark Stammaktien mit der gleichen Dividendenberechtigung ausgegeben werden.

d. **Werkbedarf A.-G. in Hannover.** Die Gesellschaft beruft zum Dienstag, den 11. September, nach Hannover eine außerordentliche Generalversammlung ein, in der u. a. über die Erhöhung des Grundkapitals von 15 auf 60 Millionen Mark und Schaffung von 2 Millionen Mark Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht Beschluß gefaßt werden soll.

* **Preuße u. Co., A.-G., Leipzig.** Die Gesellschaft beabsichtigt eine Kapitalserhöhung durch Ausgabe von 12 Mill. neue Stammaktien und 1 Mill. Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht.

d. **Stockelbusch-Holzrohr A.-G., Hannover.** Die Gesellschaft beruft auf den 10. September eine außerordentliche Generalversammlung ein, auf deren Tagesordnung steht: Beschlußfassung über Erhöhung und Erweiterung des Stimmrechtes der 2 Millionen Vorzugsaktien, Schaffung von weiteren 3 Millionen Mark Vorzugsaktien, ferner Beschlußfassung über die Erhöhung des Grundkapitals von zurzeit 60 Millionen Mark Stammaktien bis auf 400 Millionen Mark Stammaktien durch Ausgabe von 33 400 auf den Inhaber lautender Stammaktien zu je 10 000 Mark und 6000 Stück auf den Inhaber lautender Stammaktien zu je 1000 M.

d. **Chemnitzer Papierfabrik A.-G. zu Einsiedel bei Chemnitz.** Die G.-V. beschloß die Erhöhung des Grundkapitals um 36 auf 54 Millionen Mark durch Ausgabe von 6000 Aktien mit voller Dividendenberechtigung für 1923/24 über 6000 M. 9 Millionen Mark der neuen Aktien werden den bisherigen Aktionären zum Bezug im Verhältis 6000 M. junge zu 12 000 Mark alte Aktien angeboten werden. Die restlichen 27 Millionen werden unter erheblicher Gewinnbeteiligung der Gesellschaft bestens verwertet. Ueber das abgelaufene Geschäftsjahr erklärt die Verwaltung, daß es befriedigend verlaufen sei, so daß den Aktionären ein angemessener Gewinn in Aussicht gestellt werden könne.

d. **Terra, Aktiengesellschaft für Samenzucht, Aschersleben.** Für das Geschäftsjahr 1922/23 ergibt sich nach Abschreibungen von 72 000 M. (74 612) einschl. Vortrag aus dem Vorjahr ein Reingewinn von 180 557 346 (6 275 377) M. Hieraus werden 2000 (40) Proz. Dividende auf die Stammaktien und 7 Proz. auf die Vorzugsaktien verteilt, 16 Millionen Mark für Stiftungs- und gemeinnützige Zwecke verwendet und 9 384 … (948 199) M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Im Jahresbericht der Verwaltung heißt es u. a.: Infolge der außergewöhnlich ungünstigen Witterung war die Samenernte des vergangenen Jahres kaum eine mittlere. Die Bergung war durch den beständigen Regen mit großen Schwierigkeiten verknüpft und zog sich sehr in die Länge. Preise konnten erst später als gewöhnlich festgesetzt und mußten mehrfach geändert werden, da die fast von Woche zu Woche steigenden Unkosten jede Berechnung über den Haufen warfen. Es war auch darauf Bedacht zu nehmen, daß bei unseren nur einmal im Jahre umzusetzenden Produkten der Gewinn so ausreichend bemessen wurde, daß er auch in dem Zeitraum die Ausgaben deckte, in dem Einnahmen fehlten. Der ordentlichen Generalversammlung wird eine Kapitalserhöhung um 700 000 M. Vorzugsaktien und 5 Millionen Mark Stammaktien vorgeschlagen werden. Nach der Bilanz betragen Schuldner und Bankguthaben 527 934 … (17 577 769) M., andererseits Gläubiger 380 086 (7 145 461) …

Das Goldzollaufgeld beträgt für die Zeit vom 18. bis … August 96 809 900 Prozent.

Fälle von Repudiation der Mark. — Anarchie im Regierungswesen. Folgendes Rundschreiben einer Firma in … wird in der Presse veröffentlicht: „Bezugnehmend auf das Rundschreiben der X-Gesellschaft vom 28. pass., betreffs Verkauf der Rohprodukten in Devisen, teile ich meiner geehrten Kundschaft mit, daß ich durch diese Bestimmungen Verkäufe in Papiermark oder auch zum Umrechnungskurs nicht mehr aufrechterhalten kann. Ich bitte Sie höflichst, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß ich ab heute nur noch Aufträge annehmen und ausführen kann, die in Hochvaluten gegen sofortige Kasse netto beglichen werden. Für Firmen, die nicht im Besitze der Devisen-Handelsbescheinigung sind, übernehme ich die Beschaffung der Devisen gegen Bankabrechnung. Es ist natürlich erforderlich, daß der annähernde Betrag in Mark sofort überwiesen wird.“ So weit das Schreiben der Firma, die durch die neuen Konditionen einer Hamburg-Gesellschaft, der X-Gesellschaft, zu diesem Schritt gedrängt wurde. Wenn an einer einzigen Stelle — das zeigt dieser Vorgang — eine Repudiation des Zahlungsmittels erfolgt, so pflanzt sich dieser Vorgang sogleich nach anderen Seiten fort. Das ist das Gefährliche eines solchen Vorgehens, das in seiner Wirkung nicht isoliert bleiben kann. Deshalb kann die deutsche Geschäftswelt — ganz unabhängig von der Frage, ob ein solches Vorgehen gesetzlich erlaubt ist oder nicht (dazu hat das Reichswirtschaftsministerium Stellung zu nehmen) — nur davor gewarnt werden, die Mark als Zahlungsmittel zurückzuweisen. Das wäre der Anfang vom Ende. Krisentage müssen eben überstanden werden.

Eine neue Mahnung der Devisenbeschaffungsstelle. Die Devisenbeschaffungsstelle weist darauf hin, daß der Eingang der nach der Devisengesetzgebung vorgeschriebenen Meldungen, Devisenaffidavits, Kapitalfluchtserklärungen, Kreditlisten und Auszüge aus dem Devisenverkehrsbuch vielfach verspätet eingehen und dadurch die Aufgaben der Prüfungsabteilung außerordentlich erschweren. Um der Devisenbeschaffungsstelle zu ersparen, die gesetzlichen Strafmaßnahmen zur Durchführung ihrer Aufgaben in Anspruch zu nehmen, kann im Interesse aller Meldepflichtigen nicht dringend genug empfohlen werden, die Meldungen pünktlich abzugeben.

Düngerkredit-A.-G. Eine 100-Milliarden-Gründung ist in Berlin im Entstehen begriffen. Nach der „Frankfurter Zeitung“ wurde als Spitzen-Organisation für den Düngerhandel Deutschlands eine Düngerkreditbank, A.-G., mit 25 Milliarden Stammaktienkapital und 25 Milliarden Vorzugsaktienkapital ins Leben gerufen. Beteiligt sind bisher etwa 700 Handelsfirmen des Düngerfaches. In Süddeutschland soll eine Filiale errichtet werden. Der Zweck ist die Finanzierung des Kunstdüngers im Verkehr zwischen dem Handel und dem Verbraucher. Kredite, die das Aktienkapital weit übersteigen, werden zur Durchführung dieser Aufgabe teils von Behörden, teils von den Banken erwartet. Die Vorzugsaktien sind mit 25 Prozent eingezahlt.

d. **Weitere 12prozentige Pfandbriefe** der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken (Deutsche Hypothekenbank Meiningen, Frankfurter Pfandbrief-Bank A.-G., Leipziger Hypothekenbank, Schlesische Boden-Credit-Aktien-Bank, Westdeutsche Bodenkreditanstalt). Die Zeichnung auf die weiteren 10 Milliarden Mark der neuesten 12prozentigen Pfandbriefe der Banken der Gemeinschaftsgruppe hat, nachdem der aufgelegte Betrag erschöpft ist, vorzeitig geschlossen werden müssen. In Rücksicht auf die anhaltend stürmische Nachfrage nach ihren Emissionspapieren und der noch zahlreich vorliegenden Anträge auf Gewährung erstklassiger Hypotheken laden die Banken der Gemeinschaftsgruppe zur Zeichnung auf einen weiteren Betrag 12prozentiger Pfandbriefe, unkündbar und unverlosbar bis 1… zum Vorzugskurse von 150 Prozent ein. Die Stücke dieser Erweiterungsemission werden nur in Abschnitten von 1, 5, 10 und 50 Millionen Mark ausgegeben.

d. **Kohlenwertanleihe des Großkraftwerkes Hannover.** Die Preußische Staatsbank (Seehandlung) teilt mit, daß sich bei der Zeichnung auf die 5 prozentige Kohlenwertanleihe des Großkraftwerkes Hannover, A.-G., eine starke Ueberzeichnung ergeben hat. Die Zuteilung auf die größeren Zeichnungen wird deshalb nur gering sein können.

Wiederaufnahme des ausländischen Zinsendienstes Rumäniens. Der Schweizerischen Nationalbank ist, wie uns von unserem Züricher Mitarbeiter gemeldet wird, von der rumänischen Regierung ein Betrag von 2 Millionen französischen Franken zur Einlösung der Kupons der abgestempelten rumänischen Rente zugestellt worden. Damit wird der seit mehreren Jahren suspendierte Zinsendienst Rumäniens wieder aufgenommen.

Vieh.

Leipzig, 16. August. Auftrieb: Rinder: 42 (Ochsen: …, Bullen: 12, Kälber: 8, Kühe: 13), Kälber: 176, Schafe: …, Schweine: 170, zusammen 423. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht (in 1000 Mark): Ochsen: 1. 29—30, 2. 27—…, 3. 24—26,9, 4. —; Bullen: 1. 29—30, 2. 27—28,9, 3. 24—…, 4. —; Kühe (Kalben): 1. 29—30, 2. 29—30, 3. 26—28,9, 4. … bis 25,9, 5. 18—21,9. Kälber: 1. —, 2. 44—45, 3. 41—…, 4. 38—40,9; Schafe: 1. —, 2. —, 3. —, 4.—; Schweine: 1. … bis 58, 2. 59—60, 3. 50—55,9, 4. 40—49,9, 5. 40—49,9. Geschäftsgang: Rinder: flott, Kälber: flott, Schafe: …, Schweine: flott. Ueberstand: keiner. Die Stallpreise müssen je nach Wertklassen für Rinder 20, Schafe und Kälber 18 und Schweine 16 Prozent unter der Notiz vom vorigen Markttage liegen.